

mächtig. Die Explosion verursachte starke Rauch- und Staubwolken. Der Mörtel fiel von der Decke und den Wänden. Polizei war schnell zur Stelle und holte einige Anwohnde zurück, um sie zu vernehmen. Sodann wurde das Gebäude vom Publikum geleert, und die Polizei besetzte den Ausgang. Über dem Umfang des angerichteten Schadens schien vorläufig noch authentische Angaben. Der historische Krönungsstuhl scheint nur unbedeutend beschädigt zu sein, ebenso der sogenannte Stein von Stone, ein großer Granitblock unter dem Sessel. Auf diesem Stein waren die britischen Könige von Kenneth II. bis zu Charles II. zu Stone kniend gekrönt worden. Von ihm, dem „Pilten- oder Schicksalstein“, dem „Via Regia“ der Schotten, geht die Sage, daß er der Stein wäre, auf welchem das Haupt Jakobus ruhte, als ihn der Engel des Herren in Traum erschien. Seit der Union von Schottland und England im Jahre 1707 ist dieser Krönungsstein nach der Westminsterabtei verlegt, wo er in der Krönungskrone, der in seinem gotischen Baustil gehalten ist, und sich durch reiche und feine Schnitzereien auszeichnet, eingelassen ist.

Der amtliche Bericht der Polizei über den Anschlag lautet: Eine kleine Bombe explodierte in der unmittelbaren Nähe des Krönungsstuhls. Es wird angenommen, daß die Bombe von jemand, der mit einer großen Gruppe von Verführern in das Jänner gelangte, dort abgelegt wurde. Der Schaden ist unbedeutend. Die Holzschnüre am Rücken des Stuhles ist teilweise abgebrochen; ferner ist das Steinmehrwert an der Wand dahinter anscheinend durch Säfte, die die Bombe enthielt, beschädigt. Diese bestand aus einer dünnen Risse (hülle) und wurde durch eine Zündschnur entzündet. Bei dem Stuhl wurden eine Lederschale, ein Ziemendekor und eine kleine kostbare Schildkröte gefunden. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gang. Der Polizeibericht fühgt hinzu, daß der Schaden zu reparieren ist.

Im Unterhaus gab der Staatssekretär des Innern Mac Kenney eine bedeutsame Erklärung dahin ab, daß die Regierung den Unterzeichnern der Sammlungsaufträge für den Agitationshaushalt des Wahlwerbers den Prozeß machen und die Geldernat für persönlich für allen Schaden zur Verantwortung ziehen wolle.

Mit diesem Vorgehen erklären sich die meisten Zeitungen einverstanden. Selbst die „Times“, die erst vor einigen Tagen empfahl, daß man die Suffragetten im Gefängnis einschafft zu Tode hängen lasse, schließt sich dem Vorholze an. Nur der „Daily Express“ tritt für noch entcheidendere Massnahmen ein. Ob Mac Kenneys Plan sich der wirklichen löst, wird erst die Erfahrung lehren. Eine gerichtliche Handhabe zu einem Vorgehen gegen die Geldgeber ist in England, wo das Privat-eigentum so energisch geschützt ist, nicht so leicht zu finden.

## Heer und Flotte.

\* **Erlaß des Kreuzers „Gazelle“.** Der bei der Aktionssellschaft Weller in Bremen in Bau gegebene Kleine Kreuzer ist „Erlaß Gazelle 1914“. Der Kleine Kreuzer „Erlaß Krieger 1914“ wird auf der Kaiserlichen Werft in Kiel gebaut.

## Deutsches Reich.

\* Der deutsche Kronprinz ist von seiner Generalstabsschule am Freitag mittag in Berlin wieder eingetroffen.

\* **Kronprinz Rupprecht von Bayern** machte am Donnerstag nachmittag in Berlin dem Reichskanzler einen Besuch.

\* **Diplomatenwechsel?** Zur Abwechslung wird wieder einmal ein Wechsel im Auswärtigen Amt angekündigt: Unterstaatssekretär Zimmermann soll Botschafter in Tokio werden und durch den Gesandten in Argentinien Thesiger vor dem Bismarck-Hausen ersetzt werden. Wir glauben, daß die Nachricht jetzt ebensoviel richtig wie unrichtig ist wie in früheren Fällen.

\* **Heeresverwaltung und Duellfrage.** Die „Kordd. Allg. Amt“ schreibt: „In der Presse ist mehrfach erwähnt worden, daß bei einzelnen Bevölkerungsstandorten des Beurlaubtenstandes eine Abhandlung zugängig gemacht worden ist, die sich mit den Pflichten der Offiziere bei Ehrenhändeln befahrt und die u. a. folgenden Satz enthält: „Allgemeine satzungswidrig sind nur die Personen, welche durch ehrenamtlichen Spruch aus dem Offiziersstande entfernt oder durch richterlichen Spruch ihrer bürgerlichen Ehrenrechte

verlustig gegangen sind oder welche durch notorische Verlegung der Ehrenpflicht (Ablehnung des Duells usw.) der allgemeinen Achtung verlustig gegangen sind.“ Die Breitemeldung ist, wie nunmehr festgestellt worden ist, richtig. Es wird aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es sich lediglich um eine Privataarbeit handelt und daß deren Inhalt in mehreren wichtigen Punkten, insbesondere bezüglich auf den angeführten Satz nicht der Auffassung der maßgebenden Stellen entspricht. Die Heeresverwaltung wird, wie wir hören, eine Erklärung veranlassen.

\* **Die nationalliberalen Landtagsfraktionen** in Preußen verzantelten am Donnerstag im Verein mit einigen Höhern, unter denen sich auch die Vertreter der höheren nationalliberalen Blätter befinden, eine Motorbootfahrt auf dem Havelsee. Zum Schluss lehrte man im schwedischen Pavillon ein, wo ein gemeinames Wahl eingenommen wurde. Herr Hubmann wußte auf den Fraktionssitzungen des Reichsrats Friedberg, und dieser antwortete sehr fein und bezeichnungsreich. Er führte u. a. aus: Es kann darauf an, gegen sich selbst und auch gegen andere gerecht zu sein. Eine Partei, die das vergibt und sich nur zu einer reinen Interessenvertretung machen wollte, würde sich bald ihr eigenes Grab graben.

\* Herr Erzberger hatte dieser Tage berichtet, daß für die Errichtung eines Kaiserdenkmals in Detmold der erbliche Adel zu haben sei. Dazu teilt das Fürstliche Hofmarkamt der „Kreis-Ztg.“ mit, dem angeblichen Angebot des Adels für Geld steht die fürstliche Hofverwaltung selbstverständlich abolut fern. Die hier völlig unverstandliche Angelegenheit wird, wie dies mit anderen realen Schwundeländern und Verleumdungen bereits vorgelesen ist, ohne Berzug des Staatsanwaltshauses übergeben werden.

\* **Die deutsche Rheinmündung.** Am 15. Juni wird der Verein deutsche Rheinmündung seine diesjährige Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. im Hotel „Frankfurter Hof“ abhalten. Außer geschäftlichen Vereinsangelegenheiten steht unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein Referat des Professors Dr. P. Arndt, Frankfurt a. M., das sich mit der verkehr- und wirtschaftspolitischen Seite der nationalen Forderung einer deutschen Rheinmündung beschäftigt wird, sowie ein Vierbildungsvortrag des Geschäftsführers Dr. Coppelius über „Gegangenes und Gegenwärtiges über die deutsche Rheinmündungsbestrebungen“ auf der Tagesordnung. Diese Versammlung des Vereins wird in weiten Kreisen Interesse erregen, um so mehr, als vorausichtlich auch neue erhebliche Mitteilungen über die Forderung des Vereins namentlich in Bezug auf die Abschaffung der preußischen Staatsregierung in Aussicht stehen.

\* **Die Einlagen der Sparkassen in Preußen.** Nach den letzten Sparkassenstatistiken belaufen die preußischen Sparkassen einen Einlagebestand von 12 258 347,23 Mark, hierzu entfielen auf Vereins- und Privatsparkassen 646 608,904. Von den Gesamteinlagen entfielen auf Schuldlinie ohne Bürgschaft 17 345,22 Mark, auf Schuldlinie mit Bürgschaft 177 978,615. auf Anlegung gegen Wechsel 59 899,515. auf Anlegung gegen Kaufland 106 208,223. Die Sparkassen entwickeln sich immer mehr zu Bankinstituten.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

\* **Die ungarische Verwaltungsreform.** Der Minister des Innern Johann Sandor hat dem Abgeordnetenhaus drei Gesetzentwürfe über die Verwaltungsreform unterbreitet. Danach sollen die Verwaltungsbürokratie, die bisher durch die Komitate gewählt wurden, von der Regierung ernannt werden. Dagegen erhält die Komitatssatzung die Kontrolle und das Disziplinarrecht über die staatlich ernannten Verwaltungsbürokraten. Der Komitatsausdruck, der eigentlich Selbstverwaltungsförderer, wird durch zahlreiche gewählte Elemente verstärkt.

### Dänemark.

\* **Internationaler Preßkongress.** Am Freitag vormittag wurde in Kopenhagen der 16. Internationale Preßkongress im Festsaal der Universität feierlich eröffnet.

### Rußland.

\* **Strategische Straßen im Osten.** Die Wegebaukommission der Reichsduumha. hat eine Gesetzesvorlage über Kreditanwendung für strategische Chauffeuren im fernem Osten angenommen.

\* **Ueber die geheimen russischen Rüstungen** wird aus Petersburg gemeldet: Das Arbeitsministerium „Reich“ schreibt zur Bewilligung der Kredite für

außerordentliche Rüstungen durch die Budgetkommission der Reichsduma: Einzelheiten über die in Aussicht genommene Rüstungen sind infolge der Geheimhaltung der Vorlage nur einem beschränkten Kreise von Personen bekannt geworden, die die Möglichkeit hatten, in die amtlichen Begründungen einzutreten. Aus der Höhe des in diesem Jahre bewilligten Rekrutentontingents ist aber ersichtlich, daß es sich um ganz außerordentliche Opfer an Menschen und Geld handelt. Die oppositionellen Parteien haben gegen die Bewilligung der Kredite gestimmt. Die Verantwortung dafür tragen daher die Regierung und die Mehrheitsparteien. Zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Budget werden entweder neue Anteile abgeschlossen oder neue Steuern eingeführt werden müssen.

### Rumänien.

\* **Der Besuch des Zaren.** In Constanza ist alles für den Empfang des Zaren vorbereitet. Die ergriffenen politischen Maßnahmen sind ganz außerordentlich. Die hier verdeckten ehemaligen Matrosen des russischen Kriegsschiffs „Potemkin“ werden streng bewacht und dürfen während des Zarenaufenthalts ihre Häuser nicht verlassen. Während des Besuches des Zaren darf sich an den Straßen, die zur Kathedrale und zum Palais führen, niemand aufstellen. Gemäß Strafen dürfen nur mit polizeilichen Erlaubnisschein betreten werden. Aufzuhören ist, daß die hierher beordnete russische Geheimpolizei zumeist Franzosen sind.

\* **Sozialdemokratische Protest.** Die sozialdemokratische Partei hat wegen des Zaren einen Besuch in Constanza im ganzen Lande Protestversammlungen einberufen. Die unter den Arbeitern und Bürgern verteilten Aufrufe enthalten heftige Aussfälle gegen die Person des Zaren und schließen mit den Worten: „Nieder mit dem Zar!“ „Es lebe die russische Revolution!“

### Mexiko.

\* **Ein Vertreter Carranzas.** Ein Telegramm aus Saltillo berichtet, daß Carranza den Vermittler mitgeteilt hätte, er werde einen Vertreter für die Niagara-Falls-Kommission ernennen.

### Südafrika.

\* **Die Regierung bleibt im Amt.** Aus Kapstadt wird gemeldet: Weder die Zeitung „Cape Times“ noch „South African News“ meinen, daß die Regierung nach ihrer Niederlage im Abgeordnetenhaus zurücktreten müsse. Beide Blätter sprechen sich dagegen einen solchen Rücktritt aus. Wenn auch das Kabinett infolge der Veränderung seiner Majorität und der Meinungsverschiedenheiten mit einigen seiner Verbündeten in der Frage der Steuernahmen, die es als wesentlich ansieht, die Lage als sehr schwierig betrachtet, wird es doch im Amt bleiben. Es begründet sein Verbleben im Amt damit, daß wenn es auch die schwere Niederlage nicht verlecken, im Falle jenes Rücktritts zum Nachteil für das Land viel wichtige Geschäftserarbeit unverhindert bleiben müsste.

## Preußisches Abgeordnetenhaus.

### Sitzungsbericht.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der **Besoldungsvorlage**.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Bartheler (Jtr.) wird die Vorlage in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des **Gesetzentwurfs** betreff. Abänderung des § 109 des Zuständigkeitsgesetzes. Nach der Vorlage soll für Anlagen zur Bereitung von Braunkohle, Stein Kohlenzucker und Koks sowie Schnellbleichen, Stärkefabriken usw. in eicher Inseln der Bezirkssatzung als Genehmigungsbehörde gelten und in zweiter Instanz das Landeswasseramt.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Lieber (Ratl.) wird der Entwurf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die

### erste Beratung des **Gesetzmäßigkeitssatzes**.

Juristiminister Dr. Beyerle: Der Gesetzentwurf beweist die Berechtigung der bei der Bildung von Fideikommissen herangezogenen Mittel. Der großen Ausdehnung, die die Fideikommissen in den letzten Jahren genommen haben, muß vorgebeugt werden. Infolge der verschiedenen Gesetzgebung in einzelnen Landesteilen trat eine ge-

wisse Rechtsunsicherheit zutage. Es ist daher notwendig, einen einheitlichen Rechtsauffall zu schaffen. Wie müssen die Selbständigkeit der Fideikommissen wahrt. Die Fideikommissen sollen sich hauptsächlich auf den ländlichen Besitz erstrecken. Keine Fideikommissen würden den Zwecken des Staates nicht dienen. Durch die Fideikommissbildung wird insbesondere eine Erhebung der wirtschaftlichen Stellung der Familie bewirkt und auf eine angemessene Betreuung der Familienmitglieder Rücksicht genommen. Die Änderungen des Herrenhauses an der Vorlage sind unwesentlich. Die Regierung hofft um Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des herrenhauses.

Abg. v. Gehler (Ratl.): Die Vorlage, die eine geeignete Grundlage für die Neuregelung des Fideikommissensatzes bietet, ist vom Herrenhaus überarbeitet worden. Die wirtschaftliche Bedeutung der Fideikommissen steht außer Zweifel. Indessen bedeutet eine allgemeine Ausdehnung der Fideikommissarischen Besitzes eine Gefahr für die Volkswirtschaft. Wir vermissen leider in der Vorlage die Regelung der Bildung bürgerlicher Fideikommissen. Wir sind einverstanden, daß auch die Bestimmungen über Familieneinstellungen neu geregelt werden. Wie beantragen, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Bitza (Jtr.): Ich wünsche, daß die Kommission beauftragt wird, die Fideikommissbildung auch auf den bürgerlichen Besitz auszudehnen. Befreis der Nachfolge hatte der Entwurf vorgesehen, daß der Besitzer eine Auswüche unter seinen Söhnen treffen kann. Das Herrenhaus befürchtet diese Bestimmung. Auch wir halten die Nachfolge des Erbgeborenen für richtiger.

Abg. Lohmann (Ratl.): Eine intensive Bewirtschaftung wird durch die Fideikommissen nicht erreicht und die Landschaft dadurch nicht befreit. Wir sind entschieden gegen eine zu große Ausdehnung der fideikommissarischen Bindung. Wir verurteilen die Fideikommissbindung. Wo aber eine weitere Bindung eintreten soll, sollen nur Familien zugelassen werden, die eine Gewicht bilden, daß der Besitz in der Familie bleibt. Wir fordern eine gewisse Besitzengpässlichkeit für den Fideikommissar und lehnen Geldfideikommissen ab.

Abg. Schröd (Freiherrl.): Wir wünschen ebenfalls die Bindung des bürgerlichen Besitzes, wodurch der bürgerliche Bevölkerung gewirkt würde.

Abg. Walther (Fortschr. Ptz.): Die Regelung des Fideikommissrechts wäre zweckmäßiger vom Reiche vorgenommen worden. Die Rechte glaubt aber, daß die Materie bei ihrem ausgesprochenen parteipolitischen Interessen besser in diesem Hause aufgehoben ist. Das Fideikommissrecht ist ein Ausnahmerecht zugunsten einer bestimmten Bevölkerungsklasse. Das vorliegende Gesetz ist nicht geeignet, die Bindung des Grundbesitzes zu verhindern. Durch die Bindung eines großen Teiles des Grundbesitzes wird eine gewaltige Preissteigerung des Grundbesitzes und Bodens herbeigeführt.

Abg. Hofer (Sos.): Wir sind gegen das Gesetz, weil es ein Vorrecht für einen einzelnen Stand bedeutet. Die Herrenhausmitglieder sind allen andern eher als die geborenen Führer des Volkes. Auf das Kommando der Herren passieren die Richter wie die Unteroftiziere. Das hat sich in dem Charlottenburger Denkmalsförderungsprojekt gezeigt, wo alle gewissenlos Richter ein Blatt urteil gefüllt haben. (Große Narren rechts.)

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz rief den Redner wegen der Herausbildung der Richter und der Herrenhausmitglieder zu einemmal zur Ordnung.

Darauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr fortgesetzt.

Außerdem kleinere Vorlagen.

Schluß 5 Uhr.

**Julius Blüthner,**  
Kaiserl. und Königl. Hof-Pianofortefabrikant  
**Flügel und Pianinos.**  
Ingenieur mit dem Goldmedaillon, nicht in Brüssel 1910 mit dem „Grand Prix“  
Leipzig 1913 (Intern. Bautechnikausstellung)  
Königl. Sächs. Staatspreis (hochste Auszeichnung).

hätte die Selbstverwaltung der althabsburgischen Länder den polnischen Einfluß auf die Zentralregierung beträchtlich gemindert. Den jüdischen Widerstand fand die Bewegung der Jungen und den österreichischen Nationalen, den „Herbstzeitlohn“, wie sie Bismarck nannte; die wollten ihre sinkende Scheinmacht nicht länger lassen und sich nicht hinter dem Festungsgürtel der nationalen Autonomie begedenken. Das rückte sich bald genug, als die slowischen Böller, voran die Tschechen, jetzt neuen Boden gewannen für ihre autonomen Bestrebungen.

Strohal mußte der politischen Agitation entgehen, um einen Lehrauftrag auf der Universität zu erhalten. Jeden Schritt nach Europa jedoch hatte er als unwürdige Zumutung abgelehnt. Und er blieb auch als Lehrer ein immer breiterer Berater und Freund der Deutschen in Österreich. Als ihm bei seinem Scheiden von Graz im März 1893 die Universität, die Stadt, die Studentenschaft außerordentliche Ehrungen bereiteten, ergriff er das Wort und sagte u. a.: „Ich habe niemals Bedenken getragen zu sagen, daß ich ein wahrhaft deutsch-national geheimer Mann bin und bleibe. Die Krantheit des Deutschen ist meine Nation.“ Wir müssen mit allen Kräften arbeiten, um der deutschen Kulturgemeinschaft würdig zu sein; damit uns nicht das schlimmste Los, das ein Volk treffen kann, befürchtet sei: bloßer Kulturdünger zu sein für andere Völker. Die Phrasen, die die Deutschen in Österreich doch noch berufen seien, einmal wieder die gesamthaftliche Führung zu übernehmen, kann ihnen nicht helfen. Sie müssen den Gewordenen Rechnung tragen und auf dieser Grundlage ihr neues Haus bauen. Nur ein starkes österreichisches Deutschtum kann den Widerstand zu geistigem Ende führen.“

Seinem Stammbuch nach war und blieb Strohal auch im Sachsenland ein Deutscher. Doch dieses Gefühl kannte keinen trennenden Parteiloyalismus; es strömte der großen deutschen Kulturgemeinschaft zu. Emil Strohal war ein Deutscher standhaft – und unter den Weltbürgern eine Ikone seines Volkes.

Brüder

Brüder